

D. 95 — 45

[S-C — 33097]

2. SEPTEMBER 1994. — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einsetzung einer Lehrlingskommission in Anwendung von Artikel 34 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 16. Juli 1993 und 30. Dezember 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere des Artikels 34;

Aufgrund des Ministerialerlasses vom 1. März 1979 zur Festlegung der Prüfungs- und Anerkennungsbedingungen des Lehrlingssekretärs, insbesondere des Artikels 6;

In Erwägung des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 9. Juni 1993;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 20. Juli 1994;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 31. August 1994;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es den Vertragsparteien im Rahmen eines mittelständischen Lehrvertrages oder eines kontrollierten Lehrabkommens nach der erfolgten Umstrukturierung der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen ohne zeitliche Verzögerung ermöglicht werden muß, spätestens ab dem Schuljahr 1993-1994 vor einer Lehrlingskommission Gehör zu finden, um die Zahl der Vertragsbrüche in der dualen Ausbildung zu mindern;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

Beschließt :

Artikel 1. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft wird eine Lehrlingskommission in Anwendung von Artikel 34 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt.

Art. 2. Der Lehrlingskommission gehören mit effektivem Stimmrecht an :

— die Direktoren der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

— zwei Vertreter des Rates der deutschsprachigen Jugend;

— insgesamt zwei Vertreter der anerkannten Gewerkschaftsorganisationen;

— ein Vertreter der nationalen beruflichen Vereinigungen, die die durch Artikel 6 der koordinierten Gesetze (Königlicher Erlaß vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstandes festgelegten Bedingungen erfüllen;

— ein Vertreter der nationalen überberuflichen Vereinigungen, die die durch Artikel 7 der koordinierten Gesetze (Königlicher Erlaß vom 28. Mai 1979) über die Organisation des Mittelstandes festgelegten Bedingungen erfüllen.

Der Lehrlingskommission gehören mit beratender Stimme an :

— der Präsident und der Direktor des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

— die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Lehrlingssekretäre;

— insgesamt zwei Vertreter der anerkannten Dachverbände von Elternräten;

— ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

— ein Vertreter der PMS-Zentren;

— ein Vertreter der Lehrmeister;

— ein Vertreter der Lehrlinge.

Das Mandat der Mitglieder hat eine Dauer von zwei Jahren und kann erneuert werden.

Die Regierung ernennt die Mitglieder auf Vorschlag der jeweiligen Institution.

Der Vertreter der Lehrmeister und der Vertreter der Lehrlinge werden nach öffentlichem Bewerbungsauftrag von der Regierung ernannt.

Mandatsverzicht, Ruhestand oder Todesfall eines Mitgliedes haben für die erforderliche Ersatzperson eine erste Mandatsdauer zur Folge, die der restlichen Zeit des ursprünglichen Mandates entspricht.

Art. 3. Der Präsident des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen leitet die Sitzungen der Lehrlingskommission. Er legt die Daten und die Tagesordnungen der Versammlungen fest.

Der Direktor des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen nimmt die Einladungen zu den Versammlungen, das Erstellen der Versammlungsprotokolle und den Schriftverkehr der Lehrlingskommission vor.

Art. 4. Zwecks Schlichtung von Streitfällen zwischen den Vertragsparteien gemäß Artikel 34, § 2, Punkt 2, des Dekretes vom 16. Dezember 1991 kann jede der am Abschluß eines Lehrvertrages oder eines kontrollierten Lehrabkommens beteiligten Parteien nach Konsultation des zuständigen Lehrlingssekretärs die Einberufung einer Sitzung der Lehrlingskommission beantragen, insofern der Versöhnungsversuch des Lehrlingssekretärs in Anwendung von Artikel 6 des Ministerialerlasses vom 1. März 1979 zur Festlegung der Prüfungs- und Anerkennungsbedingungen des Lehrlingssekretärs gescheitert ist.

Art. 5. Zwecks Beratung von Verbesserungsvorschlägen für die Lehrlingsausbildung gemäß Artikel 34, § 2, Punkt 1 oder 3, des Dekretes vom 16. Dezember 1991 kann jedes Mitglied die Einberufung einer Sitzung der Lehrlingskommission beantragen.

Art. 6. Die Lehrlingskommission tagt innerhalb einer Frist von einem Monat nach Erhalt des Antrages auf Einberufung gemäß Artikel 4 oder 5.

Die Lehrlingskommission tagt nur dann gültig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Art. 7. Wenn die Lehrlingskommission nicht gültig tagen kann, da nicht mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist, wird die obenerwähnte Frist um eine Woche verlängert.

In dieser verlängerten Frist tagt die Lehrlingskommission erneut mit der gleichen Tagesordnung. Bei dieser zweiten Sitzung ist die Lehrlingskommission beschlußfähig, insofern zumindest drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Art. 8. In Ausführung von Artikel 4 unterbreitet die Lehrlingskommission ihren Schlichtungsvorschlag schriftlich den Vertragsparteien und dem zuständigen Lehrlingssekretär.

Art. 9. In Ausführung von Artikel 5 unterbreitet die Lehrlingskommission ihre Vorschläge und Gutachten schriftlich dem Verwaltungsrat des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

Der Vorschlag oder das Gutachten der Lehrlingskommission wird dem zuständigen Minister zwecks Entscheidungsfindung direkt übermittelt, wenn der Verwaltungsrat es versäumt, innerhalb einer Frist von einem Monat nach Erhalt des Vorschlages oder des Gutachtens Stellung zu beziehen.

Art. 10. Die Lehrlingskommission schlägt der Regierung ihre Geschäftsordnung zwecks Genehmigung vor. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere die Verfahrensweise zur Schlichtung von Streitfällen zwischen den Vertragsparteien gemäß Artikel 4 und zur Beratung von Verbesserungsvorschlägen für die Lehrlingsausbildung gemäß Artikel 5.

Sie muß die Möglichkeit der Anhörung der Vertragsparteien vorsehen.

Art. 11. Die Lehrlingskommission kann außenstehende Experten zu ihren Versammlungen hinzuziehen. Den Experten kommt kein effektives Stimmrecht zu.

Art. 12. Die Funktionskosten und Fahrtkostenentschädigungen der Lehrlingskommission gehen zu Lasten des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Mitglieder der Lehrlingskommission und die außenstehenden Experten erhalten für die Fahrt zum Versammlungsort eine Kilometerentschädigung in Höhe von 7,60 Franken, wenn sie ein privates Kraftfahrzeug für diese Fahrt benutzen.

Die Entschädigung wird nicht gewährt, wenn die an einem Tag zurückgelegte Strecke weniger als 5 Km beträgt.

Wenn die obengenannten Personen öffentliche Verkehrsmittel benutzen, finden die Normaltarife zweiter Klasse Anwendung.

Art. 13. Der Ministerialerlaß vom 20. November 1978 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen, des Zuständigkeitsbereiches und der Funktionsweise der Lehrlingskommissionen ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgehoben.

Art. 14. Vorliegender Erlaß tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Art. 15. Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 2. September 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus,
internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

TRADUCTION

F. 05 — 45

[S-C — 33097]

2 SEPTEMBRE 1994. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant installation d'une commission d'apprentissage en application de l'article 34 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 16 juillet 1993 et 30 décembre 1993;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, notamment l'article 34;

Vu l'arrêté ministériel du 1er mars 1979 fixant les modalités de l'examen et de l'agrégation du secrétaire d'apprentissage, notamment l'article 6;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, donné le 9 juin 1993;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 20 juillet 1994;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 31 août 1994;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'après la restructuration qu'ont connue la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, il faut sans tarder, et au plus tard dès le début de l'année scolaire 1993-1994, donner aux parties signataires d'un contrat d'apprentissage des Classes moyennes ou d'un accord contrôlé d'apprentissage la possibilité d'être entendues devant une commission d'apprentissage afin de diminuer le nombre de contrats rompus dans la formation alternée;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

Arrête :

Article 1er. Il est institué pour la Communauté germanophone une Commission d'apprentissage en application de l'article 34 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Art. 2. Font partie de la Commission d'apprentissage, avec voix délibérative :

- les directeurs des centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME;
- deux représentants du Conseil de la Jeunesse germanophone;
- au total, deux représentants des organisations syndicales agréées;
- un représentant des associations professionnelles nationales qui remplissent les conditions fixées à l'article 6 des lois coordonnées (arrêté royal du 28 mai 1979) sur l'organisation des Classes moyennes;
- un représentant des associations interprofessionnelles nationales, qui remplissent les conditions fixées à l'article 7 des lois coordonnées (arrêté royal du 28 mai 1979) sur l'organisation des Classes moyennes.

Font partie de la Commission d'apprentissage, avec voix consultative :

- le président et le directeur de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME;
- les secrétaires d'apprentissage agréés en Communauté germanophone;
- au total deux représentants des fédérations agréées de conseils de parents d'élèves;
- un représentant du Ministère de la Communauté germanophone;
- un représentant des centres PMS;
- un représentant des maîtres de stage;
- un représentant des apprentis.

Le mandat des membres a une durée de deux ans et est renouvelable.

Le Gouvernement nomme les membres sur la proposition de l'institution dont ils relèvent.

Le représentant des maîtres de stage et le représentant des apprentis sont nommés par le Gouvernement après un appel public aux candidats.

La démission, la mise à la retraite ou le décès d'un membre impliquent pour l'indispensable suppléant un premier mandat d'une durée égale à celle restant à couvrir du mandat initial.

Art. 3. Le président de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME assure la présidence des séances de la Commission d'apprentissage. Il en fixe les dates et l'ordre du jour.

Le directeur de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME lance les invitations aux séances, rédige les procès-verbaux et règle la correspondance de la Commission d'apprentissage.

Art. 4. Dans la mesure où la tentative de conciliation entreprise par le secrétaire d'apprentissage en application de l'article 6 de l'arrêté ministériel du 1er mars 1979 fixant les modalités de l'examen et de l'agrément du secrétaire d'apprentissage a échoué, chacune des parties signataires d'un contrat d'apprentissage ou d'un accord contrôlé d'apprentissage peut — après consultation du secrétaire d'apprentissage compétent — demander la convocation d'une séance de la Commission d'apprentissage en vue d'aplanir ce différend conformément à l'article 34, § 2, 2° du décret du 16 décembre 1991.

Art. 5. En vue de la discussion de propositions visant à améliorer la formation des apprentis conformément à l'article 34, § 2, 1° ou 3° du décret du 16 décembre 1991, chaque membre peut demander la convocation d'une séance de la Commission d'apprentissage.

Art. 6. La Commission d'apprentissage siège dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande de convocation conformément aux articles 4 ou 5.

La Commission d'apprentissage ne siège valablement que si au moins la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents.

Art. 7. Lorsque la Commission d'apprentissage ne peut siéger valablement parce qu'il n'y a pas au moins la moitié des membres ayant voix délibérative, le délai susmentionné est prolongé d'une semaine.

Dans ce délai prolongé, la Commission d'apprentissage siège à nouveau avec le même ordre du jour. Lors de cette seconde séance, la Commission d'apprentissage délibère valablement si au moins trois membres ayant voix délibérative sont présents.

Art. 8. En exécution de l'article 4, la Commission d'apprentissage soumet sa proposition de conciliation par écrit aux parties contractantes et au secrétaire d'apprentissage compétent.

Art. 9. En application de l'article 5, la Commission d'apprentissage soumet ses propositions et avis par écrit au Conseil d'administration de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

La proposition ou l'avis de la Commission d'apprentissage est transmise directement au ministre compétent pour décision lorsque le Conseil d'administration néglige de prendre position dans le mois qui suit la réception de la proposition ou de l'avis.

Art. 10. La Commission d'apprentissage propose son règlement d'ordre intérieur au Gouvernement pour approbation.

Ce règlement d'ordre intérieur règle notamment la procédure de médiation en cas de différends entre les parties signataires conformément à l'article 4 et de discussion de propositions visant à améliorer la formation des apprentis conformément à l'article 5.

Il doit prévoir la possibilité pour les parties signataires d'être entendues.

Art. 11. La Commission d'apprentissage peut inviter des experts extérieurs à participer à ses réunions. Ces experts n'ont pas voix délibérative.

Art. 12. Les frais de fonctionnement et les indemnités pour frais de déplacement de la Commission d'apprentissage sont à charge de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

Les membres de la Commission d'apprentissage et les experts extérieurs perçoivent, pour le trajet menant au lieu de réunion, une indemnité kilométrique de 7,60 F lorsqu'ils utilisent un véhicule privé pour effectuer ce trajet.

L'indemnité n'est pas octroyée lorsque le trajet parcouru en un jour représente moins de 5 km.

Lorsque les personnes susmentionnées utilisent les transports en commun, les tarifs normaux de deuxième classe sont d'application.

Art. 13. L'arrêté ministériel du 20 novembre 1978 fixant les conditions d'agrément, l'étendue de la compétence ainsi que les modalités de fonctionnement des commissions d'apprentissage est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 14. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa signature.

Art. 15. Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 2 septembre 1994.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées;
du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation,
de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

B. GENTGES

VERTALING

N. 95 — 45

[S-C — 33097]

2 SEPTEMBER 1994. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot oprichting van een Leercommissie bij toepassing van artikel 34 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 16 juli 1993 en 30 december 1993;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's, inzonderheid op artikel 34;

Gelet op het ministerieel besluit van 1 maart 1979 houdende bepaling van de modaliteiten van het examen en van de erkenning van de leersecretaris, inzonderheid op artikel 6;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's, gegeven op 9 juni 1993;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 20 juli 1994;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 31 augustus 1994;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de partijen bij een leerovereenkomst in de Middenstand of bij een gecontroleerd leerakkoord na de herstructurering van de opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's onverwijld, d.w.z. ten laatste bij het begin van het schooljaar 1993-1994, de mogelijkheid moeten krijgen om door een Leercommissie gehoord te worden ten einde het aantal contractbreuken in de alternerende opleiding te verminderen.

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

Besluit :

Artikel 1. Voor de Duitstalige Gemeenschap wordt een Leercommissie opgericht bij toepassing van artikel 34 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

Art. 2. Behoren tot de Leercommissie met werkelijk stemrecht :

- de directeurs van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;
- twee vertegenwoordigers van de Raad van de Duitstalige Jeugd;
- twee vertegenwoordigers voor alle erkende vakbondsorganisaties samen;
- één vertegenwoordiger van de nationale beroepsverenigingen die voldoen aan de door artikel 6 van de gecoördineerde wetten (koninklijk besluit van 28 mei 1979) over de organisatie van de Middenstand vastgelegde voorwaarden;
- een vertegenwoordiger van de nationale interprofessionele verenigingen die voldoen aan de door artikel 7 van de gecoördineerde wetten (koninklijk besluit van 28 mei 1979) over de organisatie van de Middenstand vastgelegde voorwaarden.

Behoren tot de Leercommissie met raadgevende stem :

- de voorzitter en de directeur van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;
- de in de Duitstalige Gemeenschap erkende leersecretarissen;
- twee vertegenwoordigers voor alle erkende verenigingen van ouderraden samen;
- één vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- één vertegenwoordiger van de PMS-centra;
- één vertegenwoordiger van de ondernemingshoofden;
- één vertegenwoordiger van de leerlingen.

Het mandaat van de leden duurt twee jaar en is hernieuwbaar.

De Regering benoemt de leden op de voordracht van de betrokken inrichting.

De vertegenwoordiger van de ondernemingshoofden en de vertegenwoordiger van de leerlingen worden na een openbaar oproep tot de kandidaten door de Regering benoemd.

Ontslag, oppensioenstelling of afsterven van een lid impliceren voor de noodzakelijke opvolger dat de duur van zijn eerste mandaat overeenstemt met de tijd van het oorspronkelijk mandaat die nog te lopen is.

Art. 3. De voorzitter van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's leidt de zittingen van de Leercommissie. Hij bepaalt de datum en de dagorde ervan.

De directeur van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's roept de zittingen bijeen, stelt de proces-verbalen op en zorgt voor de briefwisseling van de Leercommissie.

Art. 4. Met het oog op de bemiddeling bij geschillen tussen de verdragsluitende partijen overeenkomstig artikel 34, § 2, 2° van het decreet van 16 december 1991 mag elke partij bij een leerovereenkomst of een gecontroleerd leerakkoord, na raadpleging van de bevoegde leersecretaris, de bijeenroeping van een zitting van de Leercommissie aanvragen voor zover de verzoeningspoging van de leersecretaris overeenkomstig artikel 6 van het ministerieel besluit van 1 maart 1979 houdende bepaling van de modaliteiten van het examen en van de erkenning van de leersecretaris mislukt is.

Art. 5. Met het oog op de discussie van voorstellen betreffende de verbetering van de opleiding van de leerlingen overeenkomstig artikel 34, § 2, 1° of 3° van het decreet van 16 december 1991 mag elk lid de bijeenroeping van een zitting van de Leercommissie aanvragen.

Art. 6. De Leercommissie zetelt binnen een termijn van één maand na de ontvangst van de aanvraag op bijeenroeping overeenkomstig de artikelen 4 of 5.

De Leercommissie zetelt slechts geldig indien ten minste de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn.

Art. 7. Wanneer de Leercommissie niet geldig kan zetelen omdat niet ten minste de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn, dan wordt de bovenbepaalde termijn met een week verlengd.

Binnen deze verlengde termijn zetelt de Leercommissie opnieuw met dezelfde dagorde. Bij deze tweede zitting kan de Leercommissie geldig beraadslagen indien ten minste drie stemgerechtigde leden aanwezig zijn.

Art. 8. Bij toepassing van artikel 4 legt de Leercommissie haar bemiddelingsvoorstel schriftelijk voor aan de verdragsluitende partijen en aan de leersecretaris.

Art. 9. Bij toepassing van artikel 5 legt de Leercommissie haar voorstellen en adviezen schriftelijk voor aan de Raad van Bestuur van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

Het voorstel of het advies van de Leercommissie wordt direct aan de bevoegde minister met het oog op een beslissing toegestuurd wanneer de Raad van Bestuur verzuimt binnen één maand na de ontvangst van het voorstel of van het advies stelling te nemen.

Art. 10. De Leercommissie stelt de Regering haar huishoudelijk reglement ter goedkeuring voor.

Het huishoudelijk reglement regelt onder andere de procedure voor de bemiddeling bij geschillen tussen de verdragsluitende partijen overeenkomstig artikel 4 en voor de discussie van voorstellen ter verbetering van de opleiding van de leerlingen overeenkomstig artikel 5.

Het moet in de mogelijkheid voorzien dat de verdragsluitende partijen gehoord worden.

Art. 11. De Leercommissie kan buitenstaande deskundigen tot haar zittingen uitnodigen. De deskundigen hebben geen werkelijk stemrecht.

Art. 12. De werkingskosten en de reisvergoedingen van de Leercommissie worden gedragen door het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

De leden van de Leercommissie en de buitenstaande deskundigen verkrijgen voor de reis tot de vergaderplaats een kilometervergoeding ten belope van 7,60 F wanneer zij voor deze reis een privé-voertuig gebruiken.

De reisvergoeding wordt niet toegekend wanneer de op dezelfde dag afgelegde afstand minder dan 5 km bedraagt.

Wanneer de bovenvermelde personen de gemeenschappelijke vervoermiddelen gebruiken zijn de normale tarieven van de tweede klas toepasselijk.

Art. 13. Het ministerieel besluit van 20 november 1978 houdende bepaling van de erkenningsvoorwaarden, de uitgestrektheid van de bevoegdheid en de werkingsmodaliteiten van de leercommissies is opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 14. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt ondertekend.

Art. 15. De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek is belast met de uitvoering van dit besluit.

Bruxelles, 2 september 1994.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport, Toerisme,
Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen,

J. MARAITE

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

B. GENTGES